

Bemühungen der Stadt lassen Mieten steigen

Exklusiv Stuttgart will durch Bündnis mit Wohnbauunternehmen bezahlbaren Wohnraum schaffen

VON SVEN HAHN

STUTT GART. Gerade dort, wo die Mieten sinken sollen, steigen sie teilweise spürbar an. Dieser Widerspruch hat seinen Ursprung ausgerechnet in den Bemühungen der Stuttgarter Politik, für mehr günstige Wohnungen zu sorgen.

Um das Verschwinden von öffentlich bezuschussten und somit vergleichsweise günstigen Wohnungen zu stoppen, hat die Landeshauptstadt eine Vereinbarung mit

verschiedenen Wohnungsunternehmen getroffen. Im Bündnis für Wohnen wurde vereinbart, dass das Stuttgarter Rathaus unter anderem von den Wohnbaugenossenschaften insgesamt 150 Belegungsrechte pro Jahr erhält. Das bedeutet, die Miete dieser Wohnungen wird auf einen bezahlbaren Preis festgeschrieben, die Verwaltung kann dort Menschen aus der städtischen Warteliste für Sozialwohnungen unterbringen. Im Gegenzug erhalten die Unternehmen Zugang zu günstigem Bauland.

Doch in einigen Fällen führt das Modell, mit dem die Miete dieser Wohnungen berechnet wird, dazu, dass die Miete steigt. Ein Beispiel: Die Landes-Bau-Genossenschaft (LBG) überlässt der Stadt in diesem Jahr 17 Wohneinheiten; darunter Wohnungen, die das Unternehmen nach eigener Aussage eigentlich für 7,50 bis 7,70 Euro pro Quadratmeter vermietet hätte. Nun geht das Belegungsrecht an die Stadt. Doch „die zulässige Miete liegt dabei höher als unsere eigene Miete“, sagt LBG-Vorstand Josef Vo-

gel. Im Klartext: Künftig werden einige der fraglichen Wohnungen für bis zu 9,21 Euro pro Quadratmeter vermietet.

Die Stadt schiebt den Schwarzen Peter zurück zur LBG: „Es ist eine unternehmerische Entscheidung der LBG, welche Miete verlangt wird“, so Stadtsprecher Sven Mattis. Die Verwaltung lege lediglich eine Obergrenze fest. Allerdings orientiert sich selbst die stadteigene Wohnbautochter SWSG in vergleichbaren Fällen an der Obergrenze.

► **Stuttgart und Region Seite 21**